

Der Sudan nach der Teilung: alte und neue Krisen

Alexander De Juan

Anfang April 2012 scheiterten auch die jüngsten Gespräche zur Beilegung der eskalierten Kämpfe zwischen dem Sudan und Südsudan. Während sich die internationale Aufmerksamkeit auf diesen Grenzkonflikt richtet, verschärfen sich die militärischen und politischen Krisen innerhalb des Sudan.

Analyse

Mit der Trennung vom Südsudan und einem Friedensvertrag mit bewaffneten Gruppierungen in Darfur schien der Sudan auf einem guten Weg, langjährige Gewaltkonflikte zu beenden. Neue Entwicklungen stimmen dagegen weniger optimistisch: In Darfur ist die Sicherheitslage nach wie vor angespannt. Im Süden des Landes ist die staatliche Armee in heftige Kämpfe mit Rebellen verwickelt und in der Hauptstadt schwächen parteiinterne Machtkämpfe die Regierung.

- Der Friedensprozess in Darfur bleibt unvollständig. Oppositionsgruppen wie die Justice and Equality Movement (JEM) boykottieren den 2011 geschlossenen Friedensvertrag und setzen den Kampf gegen die Regierung in Khartum fort.
- In den Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil kommt es seit Mitte 2011 zu zunehmend intensiven gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) und der sudanesischen Armee.
- In den östlichen Bundesstaaten (Kassala, Gedaref und Rotes Meer) sind erneute gewaltsame Aktivitäten der Oppositionsbewegung Beja Congress zu befürchten, die sich für eine verstärkte politische und wirtschaftliche Beteiligung der Region einsetzt.
- In der Regierungspartei National Congress Party (NCP) verschärfen sich Machtkämpfe zwischen Vertretern einer kompromisslosen Linie gegen die politische und militärische Opposition und Befürwortern von Verhandlungen und Reformen.
- Ein politisch oder militärisch erzwungener Umsturz hätte fatale Folgen für das Land; eine langfristige Stabilisierung ist nur durch einen inklusiven und gesamtnational ausgerichteten Reformprozess möglich.

Schlagwörter: Sudan, Darfur, Südkordofan, Ostsudan, Opposition

Hoffnungen und Enttäuschungen

Nach Jahrzehnten blutiger Auseinandersetzungen im Sudan zeigten sich viele Beobachter von der raschen Abfolge von Konfliktbelegungen 2011 überrascht. Die Verhärtung der Fronten hatte kaum erwarten lassen, dass die Regierung in Khartum die Teilung des Landes friedlich hinnehmen würde. Dennoch: Am 9. Juli 2011 wurde die Republik Südsudan unabhängig und Sudans Präsident Bashir war unter den ersten Gratulanten. Wenige Monate zuvor waren positive Meldungen aus dem Westen des Landes eingegangen. Nach zähen Verhandlungen hatten sich die Regierung und Rebellen-Gruppierungen auf ein Abkommen geeinigt, das den Bürgerkrieg in Darfur beenden sollte. So bestand die Hoffnung auf eine nachhaltige Befriedung der beiden schwersten Gewaltkonflikte im Sudan.

Bereits wenige Monate später trübte sich jedoch das Bild. Die Beziehungen zum neuen Nachbarstaat im Süden sind angespannt. Insbesondere die Uneinigkeit hinsichtlich der Transitgebühren für den Transport des südsudanesischen Erdöls zum sudanesischen Hafen in Port Sudan haben die Rhetorik beider Regierungen in den vergangenen Monaten verschärft. Im Januar 2012 stellte der Südsudan seine Erdölförderung ein, um zu verhindern, dass das Nachbarland weiteres Öl auf dem Weg durch sein Territorium „beschlagneht“. Im März 2012 begannen militärische Zusammenstöße beider Armeen um das Ölfeld Heglig in der Grenzregion zwischen beiden Ländern. In zentralen Bereichen, etwa der Grenzziehung und der Zukunft der umstrittenen Region Abyei, stehen finale Einigungen zwischen Khartum und Dschuba weiter aus.

Die Sorge um ein Wiederaufflammen der Gewalt zwischen dem Sudan und Südsudan zieht die internationale Aufmerksamkeit auf sich. Weniger Beachtung findet die Situation im (Nord-) Sudan selbst. Der 2011 geschlossene Friedensvertrag konnte die Situation in Darfur nicht effektiv befrieden. In den südlichen Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil kämpft die militärisch schlagkräftige Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) seit Mitte 2011 gegen die sudanesischen Armee mit dem erklärten Ziel, die Regierung in Khartum zu stürzen. Im Osten des Landes steigt das Risiko, dass sich ehemalige Rebellen-Gruppierungen neu formieren. Auch im Zentrum des Landes nimmt der Druck auf Präsident Bashir zu: die Opposition verschärft ihre

Angriffe auf die Regierung; Machtkämpfe innerhalb der Regierungspartei National Congress Party (NCP) spitzen sich zu.

Der exklusive Frieden in Darfur

Der Bürgerkrieg in Darfur begann 2003. Die komplexen Ursachen reichen weiter zurück: Entscheidend sind kommunale Konflikte um Weideland und Wasser zwischen afrikanischen und arabischen Bevölkerungsgruppen sowie die langjährige politische und wirtschaftliche Marginalisierung der Region. Seit 2003 kämpfen vorwiegend afrikanischstämmige Rebellen für mehr politische und wirtschaftliche Teilhabe. Ein erster Versuch der Einigung scheiterte 2006. Das Friedensabkommen mit der sudanesischen Regierung wurde nur von einer Rebellen-Gruppe unterschrieben; zahlreiche andere setzten den Kampf jedoch fort. 2011 wurde ein erneuter Versuch unternommen, die Gewalt zu beenden. Das „Doha Document for Peace in Darfur“ wurde im Mai 2011 von der Regierung des Sudan und der sogenannten „Liberation and Justice Movement“ (LJM) ausgehandelt. Verschiedene Faktoren gaben Grund zur Hoffnung, dass die Vereinbarung tragfähiger sein würde als das Vorgängerabkommen. Inhaltlich ist es breiter ausgelegt – etwa in Bezug auf eine proportionale politische Repräsentation der Bewohner Darfurs sowie hinsichtlich höherer finanzieller Zuschüsse für die Entwicklung der Region. LJM ist eine Dachorganisation verschiedener Rebellen-Gruppierungen, die zum Zweck gemeinsamer Verhandlungen mit der sudanesischen Regierung 2010 gegründet worden war. Somit bestand die Erwartung, dass das Abkommen im Gegensatz zum Vertrag von 2006 mehr als nur einen „Insel“-Frieden mit einer von vielen bewaffneten Gruppierungen bringen würde. Schließlich endete mit der politischen Annäherung zwischen Khartum und N'Djamena auch die Unterstützung von Rebellenmilizen durch das Nachbarland Tschad.

Trotz allem fällt die Bilanz des Doha-Abkommens nach knapp einem Jahr ambivalent aus. Wenngleich die Gewalt in Darfur deutlich abgenommen hat, bleibt die Sicherheitslage in der Region prekär. Zahlreiche Flüchtlinge sind in ihre Dörfer zurückgekehrt. Viele weigern sich aber weiterhin aus Angst vor gewaltsamen Übergriffen, die Flüchtlingslager zu verlassen. Gruppierungen wie die Justice and Equality Movement (JEM)

und Fraktionen der Sudan Liberation Army (SLA) haben sich der LJM nicht angeschlossen. Sie erkennen das von der LJM mit der Regierung geschlossene Abkommen nicht an und setzen ihren gewaltsamen Kampf fort. Zwar hat die Unterstützung der Rebellen durch den Tschad geendet, doch wirft die sudanesishe Regierung heute dem Südsudan vor, der JEM auf eigenem Staatsgebiet Schutz vor Offensiven des sudanesischen Militärs zu bieten. Nach Abschluss des Friedensvertrages wurden in Darfur verschiedene politische Neubesetzungen vorgenommen. Anstatt die Lage zu beruhigen, haben sie zu Protesten und mitunter auch zu gewaltsamen Ausschreitungen geführt. Viele Menschen in Darfur fühlen sich weiterhin politisch nicht vertreten. Nach Umfragen, die 2009 in Flüchtlingslagern durchgeführt worden waren, verfügen gerade die aktiven Fraktionen der SLA und die JEM unter den drei großen afrikanischen Bevölkerungsgruppen in Darfur über starken Rückhalt: Auf die gestellte Frage, welche Gruppierungen an zukünftigen Friedensverhandlungen beteiligt sein müssten, um die Interessen der befragten Person zu vertreten, gaben 92 Prozent der Fur und 54 Prozent der Massalit die SLA-Abdul Wahid (eine aktive Splittergruppe der SLA) an; 49 Prozent der befragten Zaghawa nannten die JEM (24 Hours for Darfur 2010). Darüber hinaus wurde die arabische Bevölkerung, wie auch 2006, unzureichend in den Friedensprozess integriert und ohne sie ist die Regulierung kommunaler Ressourcenkonflikte und damit auch eine Beendigung der Gewalt in Darfur nicht möglich.

Die Aussichten auf eine nachträgliche Integration der aktiven Rebellengruppen in den Doha Prozess sind gering. Die Regierung in Khartum ist nur zu Verhandlungen über Details des Abkommens bereit, während die Rebellen eine Neuverhandlung des vollständigen Doha-Dokuments fordern –, insbesondere um befürchtete Nachteile gegenüber den bisherigen Unterzeichnern abzuwenden. So ist zu bezweifeln, ob die Doha Vereinbarung zu einer nachhaltigen Befriedung der Region führen kann. Der Westen des Landes bleibt instabil.

Militärische und humanitäre Krise in Südkordofan und Blauer Nil

Bereits vor der Unabhängigkeit des Südsudans hatten sich die Konflikte an der Grenze zwischen dem Sudan und Südsudan verschärft. In

den Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil kämpft die SPLM-N seit Mitte 2011 gegen die sudanesischen Streitkräfte. Viele Bewohner der Region hatten sich während des Bürgerkrieges den Rebellen im Süden des Landes angeschlossen, um gegen die Islamisierungs- und Arabisierungspolitik Khartums zu kämpfen – allen voran die Nuba, eine afrikanische Bevölkerungsgruppe, die vorwiegend die Berge im südlichen Kordofan bewohnt. Das Friedensabkommen, das den Bürgerkrieg zwischen dem Sudan und Südsudan 2005 beendete, bezieht diese Grenzregion nur vage ein. Im Anschluss an den Friedensvertrag sollten Wahlen und öffentliche Konsultationen zur Entscheidung über die Zukunft der Region durchgeführt werden. In Südkordofan wurden die Wahlen immer wieder verschoben und erst im Mai 2011 nachgeholt. Abdul Aziz al-Hilu von der SPLM-N unterlag knapp dem Gegenkandidaten Ahmmoud Haroun von der NCP. Abdul Aziz verweigerte die Anerkennung der Wahlergebnisse, der Konflikt eskalierte und mündete in gewaltsamen Auseinandersetzungen, die bis in die Gegenwart anhalten. Die geplanten Konsultationen fanden niemals statt. Ende 2011 haben sich die Kämpfe in den angrenzenden Bundesstaat Blauer Nil ausgeweitet. Hier hatten bereits im April 2010 Wahlen stattgefunden, in deren Ergebnis Malik Agar von der SPLM-N zum Gouverneur gewählt wurde. Knapp ein Jahr später begannen die vorgesehenen Konsultationen, die jedoch bis heute nicht abgeschlossen sind. Als es im September 2011 zu Auseinandersetzungen zwischen der SPLM-N und der staatlichen Armee kam, rief Präsident Bashir den Ausnahmezustand in Blauer Nil aus, enthob Malik Agar seines Postens und ersetzte ihn wenig später durch Al-Hadi Bushra (Mitglied der NCP). Seither führt Malik Agar den Kampf gegen die Regierung in Blauer Nil an (SAS 2011a).

Die SPLM-N war rasch in der Lage, substantielle territoriale Gewinne zu machen. Beobachter bewerten ihre militärischen Kapazitäten als hoch (Flint 2011); ihre Truppenstärke ist unklar, wird aber auf 20.000 bis 40.000 geschätzt (SAS 2011a). Bei einem großen Teil der Kämpfer handelt es sich um Nuba, die zuvor in der südsudanesischen Rebellbewegung und späteren Armee gedient hatten. Die Regierung in Khartum wirft dem Südsudan vor, die SPLM-N weiter zu unterstützen. Sie reagiert mit massivem militärischen Engagement auf die Rebellion – durch die sudanesischen Streitkräfte und lokale von Khartum unterstützte Milizen. Die

Kämpfe und anhaltende Luftbombardements stürzen die Region in eine humanitäre Krise. Mehr als 130.000 Menschen sind seit Ausbruch der Gewalt in den Südsudan und nach Äthiopien geflohen (UN OCHA 2012). Die anhaltenden Kämpfe haben Ernten entweder zerstört oder die Bevölkerung daran gehindert, sie einzubringen. Die Regierung in Khartum erschwert humanitären Organisationen den Zugang zur Region oder verwehrt ihn gänzlich mit der Begründung, eine mögliche Unterstützung lokaler Rebellen verhindern zu wollen (Vertin 2012). Wenngleich im März 2012 erstmals wieder internationales Personal der UN in die Region reisen durfte, bleibt ihre Reisefreiheit innerhalb der beiden Staaten stark begrenzt. Die gegenwärtige humanitäre Situation vor Ort ist dementsprechend schwer zu bewerten. Unterdessen halten die Kämpfe zwischen Regierung und SPLM-N unvermindert an.

Protest im marginalisierten Osten

Der Osten gehört zu den ärmsten Landesteilen des Sudan. Bereits in den 1950er Jahren hatte sich hier der Protest gegen die wirtschaftliche und politische Marginalisierung organisiert. Zwei zentrale Gruppierungen kämpften zunächst politisch und schließlich gewaltsam für faire politische Teilhabe und wirtschaftliche Unterstützung: der Beja Congress und die Rashaida Free Lions. Ersterer vertritt vor allem die Beja, die größte Bevölkerungsgruppe der Region. Letztere werden vorwiegend durch die Rashaida, eine pastorale, arabisch-stämmige Gruppe, unterstützt. Beide schlossen sich 2004 zur Eastern Revolutionary Front (ERF) zusammen. Im Jahr 2006 wurde unter Eritreischer Mediation ein Friedensvertrag ausgehandelt. Die Vereinbarungen markierten vor allem auch den Schlusspunkt einer langjährigen Unterstützung der Rebellen durch die eritreische Regierung (Young 2007).

Der Friedensvertrag wurde durch die Regierung in Khartum nur langsam und unvollständig implementiert. Politische Mitbestimmung und finanzielle Unterstützung blieben hinter den Vereinbarungen und Erwartungen der Bevölkerung zurück. Während die Spannungen in der Region bereits 2008 wieder zunahm, erreichten sie nach den Wahlen 2010 einen neuen Höhepunkt: der Beja Congress trat formal auf Seiten der NCP an; dennoch gewann er nur ein Mandat im regionalen und keines im nationalen Parlament. Mitglieder des

Beja Congress warfen der Regierung daraufhin Wahlmanipulation vor. Der politische Protest in der Region wird zudem durch eine Verschärfung der humanitären Situation verstärkt. Immer mehr Menschen im Ostsudan leiden unter Wasserknappheit, Ernteaussfällen und steigenden Nahrungsmittelpreisen. Ende 2011 kam es zu Ausschreitungen in den Städten Gedaref town und Kassala. Vereinzelt Berichte aus der Region deuten auf eine Reorganisation des militärischen Widerstandes der Beja hin (*Sudan Tribune* 2011).

Vom Osten des Landes allein geht allerdings kaum eine militärische Bedrohung der Regierung in Khartum aus. Auch in der Vergangenheit waren die gewaltsamen Auseinandersetzungen hier deutlich schwächer als im Süden oder Westen des Landes. Die Bedrohung ist in dieser Region eher wirtschaftlicher Natur: Im Osten des Landes liegen die wichtigsten Häfen des Landes und damit auch die Ausgangspunkte für den sudanesischen Ölexport. Inwieweit der Konflikt hier weiter eskaliert, hängt auch maßgeblich von den Beziehungen zwischen den Regierungen in Khartum und Asmara ab. Obwohl diese traditionell angespannt sind, haben sich beide Länder in den vergangenen zwei Jahren angenähert. So lange diese Beziehungen stabil bleiben, ist nicht davon auszugehen, dass die Sicherheitssituation im Ostsudan entscheidend erodiert.

Eine geeinte militärische Opposition?

Es ist unwahrscheinlich, dass von einzelnen gewaltbereiten Gruppen und Organisationen eine unmittelbare militärische Bedrohung für die Regierung in Khartum ausgeht. Offenbar zunehmende Koordinierungen zwischen ihnen entwickeln jedoch das Potenzial, die Regierung militärisch unter Druck zu setzen. Am 13. November 2011 haben vier Rebellen-Gruppierungen aus dem Westen und Süden des Landes die Gründung der Sudan Revolutionary Front (SRF) bekannt gegeben. Beteiligt sind die drei zentralen aktiven Rebellen-Gruppierungen aus Darfur: zwei Fraktionen der SLA und die JEM. Die vierte Bewegung ist die SPLM-N. Im November 2011 verkündete auch der Beja Congress aus dem Osten des Landes, sich der SRF angeschlossen zu haben.

Nach eigener Angabe strebt die SRF eine gemeinsame politische Führung und gemeinsame militärische Aktionen gegen die Regierung in Khartum an. Ihr offizielles Ziel besteht in der Vereinigung aller oppositionellen Kräfte im Sudan, der

gemeinsamen Entmachtung der Regierung und der Etablierung einer pluralistischen Demokratie. Malik Agar von der SPLM-N wurde nach Angabe der SRF zum Führer der Organisation gewählt. Jede der drei beteiligten Gruppierungen in Darfur stellt weitere Führungsmitglieder. Im Februar 2012 gab die SRF an, dass JEM und SPLM-N erstmals gemeinsame Angriffe auf sudanesishe Streitkräfte unternommen haben (EIU 2012).

Noch ist unklar, inwieweit sich die SRF tatsächlich zu einer geeinten politischen und militärischen Bewegung entwickeln wird. Mehr oder weniger lose oppositionelle Koalitionen hatten bereits in der Vergangenheit existiert. Eine echte Koordination und gemeinsame Führung ist jedoch bislang immer an internen Machtkämpfen oder an unilateralen Einigungen einzelner Bewegungen mit der sudanesischen Regierung zerbrochen. Inwieweit es der SRF tatsächlich gelingen wird, die Regierung in Khartum zu bedrohen, wird darüber hinaus auch davon abhängen, ob sie in der Lage sein wird, auch mit den Oppositionsparteien in Khartum effektive Bündnisse zu schließen.

Machtkämpfe in Khartum

Die Regierung in Khartum ist intern gespalten. In der NCP tobt ein Machtkampf zwischen zwei zentralen Lagern, die öffentlich durch Präsidentenberater Nafie Ali Nafie und Vizepräsident Ali Osman Taha verkörpert werden. Ersterer verfügt vor allem durch informelle parteiinterne Netzwerke über großen Einfluss auf den nationalen Sicherheitsapparat. Er vertritt eine harte Position gegenüber allen Spielarten der Opposition. Taha verkörpert dagegen einen moderateren, reformorientierten Teil der NCP. Gegenüber der Opposition verfolgt er einen pragmatischeren Kurs. Der Streit zwischen beiden Lagern wird vor allem seit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April 2010 zunehmend öffentlich ausgetragen. Die Forderungen reformorientierter Kräfte werden lauter. Im Januar 2012 soll ein von über 1.000 Mitgliedern der NCP unterschriebenes Memo in NCP-Kreisen kursiert sein, in dem die aktuelle Parteispitze kritisiert und Reformen der Partei und Regierung gefordert werden (*Sudan Tribune* 2012b). Entwicklungen in der NCP spiegeln den Machtkampf zwischen den beiden Lagern wider. Einerseits scheint die parteiinterne Reformbereitschaft zuzunehmen. Im Februar 2012 wurden zentrale Bereiche der NCP personell

neu strukturiert. Für die Neubesetzung zentraler Parteiämter wurde ein Höchstalter von 60 Jahren festgelegt, um den Protest junger Parteifunktionäre gegen die geschlossene Parteispitze zu mildern. Andererseits lassen sich auch immer wieder klare Signale für den anhaltend dominanten Einfluss der Hardliner in der Parteispitze beobachten. Im April 2011 wurde das Lager um Vize-Präsident Taha offensichtlich abgestraft. Präsident Bashir entließ den nationalen Sicherheitsberater Salah Gosh, nachdem dieser sich ein öffentliches Wortgefecht mit Nafie geliefert hatte, in dem er dessen kompromisslose Haltung gegenüber der politischen Opposition kritisiert hatte. Diese scheinbar gegenläufigen Entwicklungen spiegeln Versuche Bashirs wider, zwischen den beiden Lagern die Balance zu halten und die Stabilität der Partei zu sichern (ICG 2011).

Auch durch die legale politische Opposition steigt der Druck auf die Regierung. Präsident Bashir hat die Oppositionsparteien zur Beteiligung an einer breiteren Regierung eingeladen – ein Versuch, der bei den Adressaten bislang nur auf geringe Resonanz gestoßen ist. Zentrale Oppositionsparteien verweigern eine Regierungsbeteiligung, solange keine gemeinsame Position im Hinblick auf die politische Zukunft des Landes hergestellt wird. Die schärfsten Kritiker der Regierung lehnen jeglichen politischen Kompromiss mit ihr ab und boykottieren angelaufene Gespräche zur Neugestaltung der sudanesischen Verfassung nach der Abspaltung des Südsudans. Sie haben sich unter dem Namen National Consensus Forces (NCF) zusammengeschlossen. Hassan al-Turabi, ehemaliger Weggefährte von Bashir und gegenwärtiger Führer der Popular Congress Party (PCP), ruft öffentlich zur Unterstützung von gewaltsamen Gruppierungen und zum Sturz der Regierung auf. Dabei nutzt er den wachsenden Unmut in der Bevölkerung. Die Wirtschaft des Landes ist nach Jahren des Krieges und internationalen Sanktionen stark geschwächt. Mit der Unabhängigkeit des Südsudans hat das Land fast drei Viertel seiner Ölvorkommen verloren. Internationale Ankündigungen, die Sanktionen gegen den Sudan nach der friedlichen Teilung des Landes zu lockern und Hilfsleistungen zu erhöhen, haben sich mit Verweis auf die Situation in Darfur und Südkordofan nicht materialisiert. Die Folgen zeigen sich unter anderem in einer massiven Inflation und entsprechend steigenden Preisen für Nahrungsmittel und andere Importgüter. Je mehr sich die wirtschaftliche Krise

des Landes zuspitzt, desto stärker werden auch der öffentliche Protest und der Rückhalt der politischen Opposition in der Bevölkerung.

Die Gefahren eines forcierten Wandels

Die Regierung in Khartum hat sich in der Vergangenheit äußerst widerstandsfähig gegenüber internen und externen Herausforderungen gezeigt. Die Konflikte in der Peripherie sind nicht neu. Das gleiche gilt für parteiinterne Auseinandersetzungen und politische Konflikte mit den Oppositionsparteien. Bislang ist es der Regierung aber immer gelungen, Bedrohungen des eigenen Herrschaftsanspruchs abzuwenden. Eine Besonderheit der aktuellen Situation besteht in der Summe gleichzeitiger Herausforderungen: Die anhaltende Gewalt in der Peripherie, Machtkämpfe innerhalb der Regierungspartei NCP und Auseinandersetzungen mit der Opposition treffen auf eine immer weiter sinkende wirtschaftliche und militärische Handlungsfähigkeit.

Noch ist unklar, inwieweit die SRF die Regierung effektiv militärisch bedrohen kann. Die Erinnerungen der Regierung an einen Vorstoß der JEM im Jahr 2008 sind jedoch noch frisch –; er konnte nur kurz vor Khartum militärisch beendet werden. Die sudanesische Armee ist durch die anhaltenden Auseinandersetzungen im Süden und Westen des Landes geschwächt. Im Februar 2012 warnten 700 Offiziere die Regierung in einem gemeinsamen Brief, dass den Streitkräften für einen möglichen Krieg mit dem Südsudan die Kapazitäten fehlen (New York Times 2012). Die militärische Bedrohung, die von einem effektiven Bündnis ausginge, ist somit für das Regime in Khartum durchaus ernst zu nehmen. Die politischen Konflikte in Khartum könnten eine ebenso reale Gefahr für die Regierung in Khartum darstellen. Sollte sich der Machtkampf in der NCP verschärfen, droht im extremen Fall ein interner Coup. Auch das Risiko, dass die Opposition den Versuch eines Umsturzes wagt, steigt mit dem wachsenden Unmut der Bevölkerung angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise. Die sinkenden Staatseinnahmen bedrohen gleichzeitig die Aufrechterhaltung von zentralen Patronage-Strukturen: Je weniger finanzielle Mittel der Regierung zur Verfügung stehen, desto geringer fällt die materielle Entlohnung für politische Unterstützung aus.

So berechtigt die Kritik an der Regierung Bashirs auch sein mag, so fatal könnten sich die Folgen eines Umsturzes auswirken. Die Führungselite verfügt über starken Rückhalt unter staatlichen und nichtstaatlichen bewaffneten Kräften. Weder sind die verschiedenen parteiinternen und -externen oppositionellen Gruppen untereinander geeint, noch weisen sie intern eine homogene Zusammensetzung auf. Viele Gruppierungen, die gegenwärtig gegen Präsident Bashir zusammenwirken, haben sich früher erbittert bekämpft: Rebellengruppen in Darfur lieferten sich nach 2006 massive militärische Gefechte; al-Turabi war einer der radikalsten Vertreter einer kompromisslosen Haltung gegenüber den Säkularismus-Forderungen der SPLM. Die Konsequenzen eines Machtkampfes zwischen der regierenden Elite und der Opposition sowie zwischen den zahlreichen bewaffneten und politischen Herausforderern der Regierung wären somit nicht absehbar (ICG 2011).

Für die Stabilität des Sudan ist deshalb entscheidend, dass Veränderungen schrittweise und durch einen inklusiven Reformprozess erfolgen. Dieser muss gesamtnational ausgerichtet sein und auf einer umfassenden Überarbeitung der Verfassung und zügigen Wahlen basieren. Die Aussichten hierfür sind derzeit nicht günstig. Die regierende Elite hält an der Macht fest und entschied sich für einen gefährlichen Drahtseilakt: Durch parteiinterne Reformmaßnahmen versucht sie, den Druck innerhalb der NCP zu reduzieren; gleichzeitig geht sie gegen potenzielle innerparteiliche Gegner vor. Sie lädt die politische Opposition zur Kooperation ein und unterdrückt gleichzeitig öffentliche Proteste und kritische Medienberichte. Sie verschärft die Rhetorik gegenüber dem Südsudan, um interne Einigkeit zu fördern, ohne sich eine Eskalation des Konfliktes wirtschaftlich und militärisch leisten zu können. Je mehr der Druck in der Peripherie des Landes steigt, je mehr sich die wirtschaftliche Situation des Landes verschlechtert und je mehr der Konflikt mit dem Südsudan eskaliert, desto schwieriger wird es sein, diese fragile Balance zu halten.

Literatur

- Economic Intelligence Unit (EIU)(2012), *Sudan: Rebel alliance raises expectations and stakes*, online: <<http://country.eiu.com/article.aspx?articleid=145890113>> (4. April 2012).
- Flint, Julie (2011), *Return to War in Sudan's Nuba Mountains*, United States Institute of Peace, Peace Brief, 112, online: <www.usip.org/files/resources/PB%201112.pdf> (4. April 2012).
- International Crisis Group (ICG)(2011), *Divisions in Sudan's Ruling Party and the Threat to the Country's Stability*, in: Africa Report, 174.
- New York Times* (2012), *Fear of Revolution Drives Bashir*, online: <www.nytimes.com/roomfordebate/2012/02/29/how-to-prevent-another-darfur/fear-of-revolution-drives-omar-al-bashir-of-sudan> (4. April 2012).
- Small Arms Survey (SAS)(2011a), *Human Security Baseline Assessment, Conflict in South Kordofan/Nuba Mountains*, online: <www.smallarmssurveysudan.org/pdfs/facts-figures/armed-groups/three-areas/HSBA-Conflict-in-SK.pdf> (4. April 2012).
- Sudan Tribune* (2011), *Warnings of an explosive situation in eastern Sudan*, online: <www.sudantribune.com/Warnings-of-an-explosive-situation,40950> (4. April 2012).
- Sudan Tribune* (2012b), *Sudan's NCP denies moves to register Islamic Movement*, online: <www.sudantribune.com/Sudan-s-NCP-denies-moves-to,41680> (4. April 2012).
- UN OCHA (2012), *Sudan Weekly Humanitarian Bulletin, 12-18 March 2012*, online: <<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHA%20Sudan%20Weekly%20Humanitarian%20Bulletin%2012%20-%2018%20March%202012.pdf>> (4. April 2012).
- Vertin, Zach (2012), *African Union must pressure Sudan to allow food aid into Kordofan and Blue Nile*, online: <www.crisisgroup.org/en/regions/africa/horn-of-africa/sudan/african-union-must-pressure-sudan-to-allow-food-aid-into-kordofan-and-blue-nile.aspx> (4. April 2012).
- Young, John (2007), *The Eastern Front and the Struggle against Marginalization*, Genf: Small Arms Survey, Graduate Institute of International Studies.
- 24 Hours for Darfur (2010), *Darfurian voices: documenting Darfurian refugees' views on issues of peace, justice, and reconciliation*, online: <www.darfurianvoices.org/ee/images/uploads/DARFURIAN_VOICES_DocuVoices_Report.pdf>(4. April 2012).

■ Der Autor

Dr. Alexander De Juan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Rolle von Institutionen und Identitäten in Bürgerkriegen sowie Fragen des externen Staatsaufbaus in Nachkriegsgesellschaften.

E-Mail: <dejuan@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/dejuan>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ befasst sich das Forschungsteam 3 mit Kriegs- und Friedensprozessen und hier insbesondere mit der institutionellen Bearbeitung von Konflikten in Gesellschaften, die entlang ethnischer, religiöser oder sozialer Ungleichheiten gespalten sind. Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias (2011), *Managing Ethnic Conflict: The Menu of Institutional Engineering*, GIGA Working Papers, 171, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

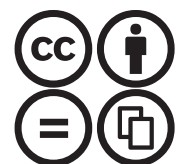
Basedau, Matthias, Clara Portela und Christian von Soest (2010), *Peitsche statt Zuckerbrot: Sind Sanktionen wirkungslos?*, GIGA Focus Global, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Koos, Carlo (2011), *Südsudan: Vom Traum in die Realität*, GIGA Focus Afrika, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM